

DIE GRUNDLAGEN DES POLITISCHEN SYSTEMS IM ISLAM (TEIL 2 VON 2): ISLAM UND DEMOKRATIE

Bewertung: 2.3

Beschreibung: Um das Regierungskonzept des Islam zu verstehen, muss man zuerst das Wesen der Religion verstehen. Dieser Artikel erklärt, wie die fundamentalen Glaubensgrundlagen des Islam eine zentrale Rolle im Regierungssystem spielen. Teil 2: Sind Islam und Demokratie vereinbar?

leer: [Artikel Islamische Ordnung Politik](#)

von: IslamReligion.com

Veröffentlicht am: 21 Mar 2011

Zuletzt verändert am: 21 Mar 2011

Islam und Demokratie

Um das Thema der Demokratie produktiv zu besprechen, muss man zuerst die Ursprünge und Bedeutung dieses Konzepts selbst verstehen. Aber um es kurz zu halten, kann gesagt werden, dass gemäß dem „modernen“ und rudimentärsten Verständnis dieses Begriffs der Islamische Gedanke einigen seiner Aspekte entspricht. Ein solcher Aspekt ist die Tatsache, dass Muslime das Recht haben, ihre Herrscher zu bestimmen, sie zur Verantwortung zu ziehen und, wenn nötig, sie ihres Amtes zu entheben. Der Islam bevollmächtigt das Regierungssystem allerdings nicht, die Gesetzgebung der Religion in der Gesellschaft aufzuheben oder zu verändern und lässt ihm auch nicht das Recht, eine neue Gesetzgebung zu schaffen. Die Gesetzgebung ist das alleinige Recht Gottes und die Religion muss die zentrale Rolle bei der Entscheidung über die Gültigkeit irgendeines neuen Gesetzes spielen. Dieses Recht Gottes zu umgehen, trägt zu der unverzeihlichen Sünde der Mehrgötterei bei, denn zu der Grundlage des Glaubens an die Einheit Gottes gehört, dass Er und nur Er das Recht hat, Gesetze zu erlassen. Dies bedeutet, dass die Menschen oder ihre gewählten Vertreter nicht das Recht besitzen, etwas zu erlauben, was Gott verboten hat oder für verboten zu erklären, was Gott erlaubt hat. Sowohl ihnen so ein Recht zuzusprechen als auch dann ihrer Gesetzgebung zu folgen, ist eine Erhöhung, indem man sie zu Herrn wie Gott nimmt, und dies ist mit Mehrgötterei gemeint. Niemand hat das Recht, das Gesetz Gottes zu verändern und Sein Gesetz ist erhaben und ersetzt alle von Menschen gemachten Gesetze.

Um die Grenzen für Interaktionen zwischen Islam und Demokratie zu setzen, debattieren Muslime heute die Beziehung zwischen Islam und demokratischen Institutionen in ihren Gesellschaften. Während die meisten Muslime sich größere politische Mitsprache, Gesetzgebung, Regierungsverantwortung, Freiheiten und Menschenrechte wünschen, gibt es unterschiedliche Wege, dieses Ziel zu erreichen.

Für manche hat der Islam seine eigenen Mechanismen, die demokratische Institutionen ausschließen. Andere wieder behaupten, dass der Islam völlig fähig ist, demokratischen Institutionen entgegenzukommen und diese zu unterstützen. Sich für einen Prozess der Reformen einsetzend, argumentieren sie über die Vereinbarkeit von Islam und bestimmten Arten von 'Demokratie', indem sie traditionelle islamische Konzepte wie Beratung (*schura*) zwischen Herrscher und Beherrschten, Gemeinschaftskonsens (*ijma*), öffentliches Interesse (*maslaha*) und auf den Schriften basierender Meinung (*ijtihad*) aufzählen. Diese Mechanismen können verwendet werden, um Herrschaftsformen mit Systemen von Kontrollen und Salden der exekutiven, legislativen und judikativen Zweige zu unterstützen. Die Herrscher autoritärer Staaten tendieren allerdings dahin, demokratische Institutionen zu ignorieren, behindern oder zu unterdrücken.

Im allgemeinen kann man sehen, dass der Islam eine Religion ist, die nicht nur das private religiöse Leben des Einzelnen regelt, sondern er regelt alle Aspekte des öffentlichen Lebens. Wie die Vorstellung des Gottesdienstes nicht auf bloße Rituale beschränkt ist, sondern alle Taten des Gehorsams und der Güte einschließt, so ist auch das Konzept der Religion auf alle Bereiche des Lebens auf dieser Erde ausgeweitet. Für einen Muslim sind die Konzepte von Religion und Staat untrennbar. Dieses Prinzip respektvoll beachtet werden, egal welche Regierungsform eine muslimische Gesellschaft auch auswählt, alle ihre Bestandteile müssen direkt mit den Prinzipien der Religion vereinbar sein. Mit keinem Mittel kann das Regierungssystem irgendeine Vollmacht der Religion beenden, aufheben oder einfügen, und dies ist nur ein weiteres Beispiel für das reine monotheistische Wesen des Islam, und dafür dass alle Rechte Gott gebühren und niemandem sonst.

Die Web Adresse dieses Artikels:

<https://www.islamreligion.com/de/articles/223/die-grundlagen-des-politischen-systems-im-islam-teil-2-von-2>

Copyright © 2006-2015 Alle Rechte vorbehalten. © 2006 - 2023 IslamReligion.com. Alle Rechte vorbehalten.